

**ÖSTERREICHISCHER  
GEMEINDEBUND**

1010 WIEN, JOHANNESG. 15

TELEFON: ~~52 14 80~~ 512 14 80

Wien, am 27. Oktober 1987

Zl.: 000-11/87

An die  
ParlamentsdirektionParlament  
1017 Wien

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	68 - GE 9 87
Datum:	28. OKT. 1987
	30. Okt. 1987
Verteilt	

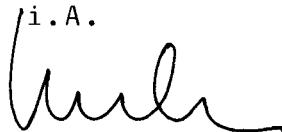
*Kreuz*  
*L. Pörtlner*

Bezug: 06 0102/66-IV/6/87Betr.: Entwurf eines 3. Abgabenänderungsgesetzes 1987

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich 22 Exemplare  
seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Für den Österreichischen Gemeindebund:

i.A.



22 Beilagen

**ÖSTERREICHISCHER  
GEMEINDEBUND****1010 WIEN, JOHANNESG. 15**  
**TELEFON: ~~224486~~ 512 14 80**

Wien, am 22. Oktober 1987

Zl.: 000-11/87

An das  
Bundesministerium für FinanzenHimmelpfortgasse 4-8  
1010 WienBetr.: Entwurf eines 3. Abgaben-  
änderungsgesetzes 1987Bezug: 06 0102/66-IV/6/87

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich zum oben zitierten Gesetzentwurf vorerst folgendes grundsätzlich festzuhalten:

Die Versendung zur Begutachtung ist zeitlich so limitiert, daß man den Eindruck gewinnt, daß man seitens des Bundes auf Stellungnahmen überhaupt keinen Wert legt. Einer föderalistisch konzipierten Interessensvertretung wie der Österreichische Gemeindebund, ist es nicht möglich in einer so kurzen Zeit eine doch einigermaßen brauchbare Stellungnahme zu erstellen.

Alle Landesverbände haben daher ohne auf die Einzelheiten näher einzugehen, alle Bestimmungen abgelehnt, die den Gemeinden Mindereinnahmen verursachen, weil kapitalschwache Gemeinden durch die derzeitige finanzielle Situation und leigistische Entwicklung zahlungsunfähig werden. Dies ist nicht nur durch die hohen Schulden der Gemeinden, sondern auch durch die gesetzlichen Bindungen der vorhandenen Mittel den Gemeinden vorgegeben.

Folgt man dem allgemeinen Teil der Erläuterungen, so ist im vorliegenden Entwurf der Wegfall einer Reihe von Steuerbefreiungen und steuerlichen Begünstigungen vorgesehen, die einerseits erhebliche budgetäre Ausfälle verursachen und andererseits zunehmend als ungerechtfertigt empfunden werden. So soll mit den beabsichtigten Maßnahmen die bestehende

- 2 -

Doppelförderung durch Gewährung steuerfreier Leistungen, an denen die öffentliche Hand maßgeblich beteiligt ist, und durch Progressionsentlastung abgebaut werden. Bisher steuerfrei gestellte oder steuerlich begünstigte Unternehmensgruppen sollen in die volle Steuerpflicht eingebunden werden.

Auf dem Gebiet der Einkommens- und Lohnsteuer soll die bisherige Steuerbefreiung von Sterbegeldern und ähnlichen Zuschüssen aufgehoben werden.

Zeiträume, in denen der Steuerpflichtige steuerfreie Transferleistungen durch die öffentliche Hand erhält (insbesondere Arbeitslosengeld, Karenzurlaubsgeld), sollen bei der Berechnung des Jahresausgleiches sowie der Veranlagung keine Progressionsmilderung mehr bewirken.

Die bestehenden besonderen Werbungskostenpauschalbeträge sollen im Interesse einer stärkeren Betonung der Steuererechtigkeit aufgehoben werden.

Im Bereich der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und im Gebührenbereich vorgesehene Steuerbegünstigungen Zehntelabsetzungen sollen im Hinblick auf die Verlängerung der Wohnbauförderung auslaufen.

Die Heiratsbeihilfe soll aus budgetären Erwägungen mit 31. Dezember 1987 auslaufen.

Im Hinblick auf ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes soll der Ausschluß der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit von der Anwendung des halben Einkommensteuersatzes auf verfassungsrechtlich zulässige Fälle beschränkt werden.

Zu Art.I Z.1 (§ 3 Z.3):

Die beabsichtigte Streichung der Steuerbefreiung für Sterbegelder und gleichartige Leistungen ist an sich grundsätzlich im Rahmen der Budgetsanierung zu bejahen, aber aus der Sicht der Gemeinden eher eine Verschiebung der Belastung.

Sozial schwache Mitbürger werden damit in einen Grenzbereich gedrängt, daß die Gemeinde bzw. die Sozialhilfestellen

- 3 -

einschreiten müssen, damit eine unseren Kultur- und Humanbedürfnissen entsprechende Situation beim Ableben eines solchen Mitbürgers eintritt. In beiden Fällen, ob nun die Gemeinde allein oder im Umwege über die Sozialhilfe hier finanziell einspringt, ist eher von untergeordneter Bedeutung; die finanzielle zusätzliche Belastung bleibt.

Zu Art.I Z. 5 (§ 16 Abs. 4 bis 6):

Derzeit sind für Bürgermeister, Vizebürgermeister, Stadträte(amtsführende Gemeinderäte) sowie für Funktionäre öffentlich rechtlicher Körperschaften besondere Werbungskostenpauschalbeträge von grundsätzlich 50 % der laufenden Bezüge bzw. der empfangenen Funktionsgebühren vorgesehen. Nach Meinung des Bundesministeriums für Finanzen soll der Entfall dieser Bestimmungen einen allgemeinen Abbau von Werbungskosten- und sonstigen Pauschalien einleiten, die vielfach eine Begünstigung darstellen. In der Praxis der letzten Jahre hat sich nämlich herausgestellt, daß diese Pauschalregelungen der individuellen Aufwandsstruktur dieser Berufsgruppen nicht in einem der Gleichmäßigkeit der Besteuerung entsprechenden Ausmaß gerecht werden.

In diesem Zusammenhang wird gleichzeitig die Verordnung vom 17.11.1975, BGBl.Nr. 597/1975 (idgF), in der für bestimmte nichtselbständige Berufsgruppen Werbungskostenpauschalbeträge vorgesehen sind, aufgehoben werden. Ebenso werden erlaßmäßig vorgesehene Ausgabenpauschalierungen zurückgenommen werden.

Dieser Auffassung ist energisch zu widersprechen.

Die Gemeindefunktionäre erhalten in der Regel eine Aufwandsentschädigung für eine Tätigkeit, die im allgemeinen Interesse und im Interesse der Gemeinden liegt.

Der Österreichische Gemeindebund hat schon wiederholt darauf hingewiesen, daß diese Frage der Steuerreform vorbehalten bleiben und nicht in dieser Gesetzesänderung besorgt werden sollte.

- 4 -

In der Praxis wird es so sein, daß Gemeindefunktionäre der kleineren Gemeinden von der Möglichkeit der Abschreibung der Werbekosten keinen Gebrauch machen werden, weil der Arbeitsaufwand, die Probleme mit der Anerkennung durch das zuständige Finanzamt und die fehlende Bereitschaft, die eigene Aktivität im kommunalen Bereich detailliert darzulegen, zum Nachteil der betroffenen Gemeindefunktionäre gereichen wird.

Die genaue Abrechnung dieser Beträge würde eine spürbare Mehrbelastung für die Finanzverwaltung bedeuten und unseres Erachtens in keinem Verhältnis zu dem diagnostizierten Steuerersparnis stehen. Bei dem Werbungskostenpauschale nach § 16 Abs. 4 des EStG 1972 handelt es sich jedenfalls um kein Steuerprivileg, sondern um eine Pauschale, wie es auch in anderen Bereichen des Steuerwesens - hier sei z.B. nur an die Landwirtschaft gedacht - besteht.

Der Österreichische Gemeindebund spricht sich daher entschieden gegen diese Art der Regelung und zu diesem Zeitpunkt aus.

Zu Art. I Z. 6 (§ 28 Abs. 2 Z. 2):

Der Österreichische Gemeindebund möchte zu dieser Gesetzesbestimmung nur festhalten, daß schon seinerzeit Bedenken gegen das Startwohnungsgesetz sowohl hinsichtlich des Bedarfes als auch der Finanzierung geäußert worden sind.

Zu Art. I Z. 7 (§ 35 Abs. 4):

Zu dieser Bestimmung ist nur festzuhalten, daß durch den Heiratsboom die Standesämter der Gemeinden einer außerordentlichen Belastung ausgesetzt sind.

Auch indirekt wirken sich solche Gesetzesänderungen für die Gemeinden nachteilig aus (Mehrbelastung).

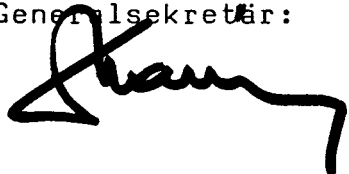
Zusammenfassend ist festzuhalten, daß seitens des Österreichischen Gemeindebundes die Zielsetzungen des Arbeitsübereinkommens für die derzeitige Regierung unterstützt werden, aber die einseitige Belastung der Gemeinden als Gebietskörperschaft nicht widerspruchsfrei zur Kenntnis genommen wird.

- 5 -

Es ist in diesem Zusammenhang in Erinnerung zu bringen, daß durch die einseitigen Belastungen der Gemeinden und der Gemeindefunktionäre jene demokratische Basisfunktion verödet, die für die großen Sanierungsmaßnahmen der Bundesregierung unbedingt notwendig ist, um Österreich wieder in das Vorfeld der europäischen Staatengemeinschaft zu bringen und für die Herausforderungen der nächsten Zukunft gerüstet zu sein.

Diese gedanklichen und inhaltlichen Ansätze sind bei der vorgesehenen legislativen Vorgangsweise nicht zu finden und werden daher bei dieser staatspolitischen Praxis neuerlich negative Auswirkungen haben.

Für den Österreichischen Gemeindebund:  
Der Generalsekretär:



Der Präsident:

